

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

32. Jahrgang

Berlin, den 21. Mai 1965

A 22127 C

Nummer 21

Die internationale und die westdeutsche Wirtschaftslage Mitte Mai 1965

Die internationale Situation

Die wirtschaftliche Expansion in den Industrieländern der westlichen Welt hat, bei allerdings sehr unterschiedlicher Entwicklung im einzelnen, angehalten. So unterscheiden sich denn auch die Maßnahmen zur wirtschaftspolitischen Beeinflussung erheblich. Stabilisierend wirkt, vor allem in den kontinentaleuropäischen Volkswirtschaften, die enge Außenhandelsverflechtung. In den Ländern mit nur geringen Auftriebskräften bilden die Ausfuhren eine wichtige konjunkturelle Stütze, während die Einfuhren den Ländern mit angespannter Angebot-Nachfragerelation und ausreichenden Währungsreserven eine erwünschte Ausweitung des Warenangebots bringen. Die monetären Bereiche stehen unter dem Einfluß der gegenwärtigen Eindämmung der amerikanischen Kapitalexporte und ihren Rückwirkungen auf die binnenwirtschaftliche Liquidität in den Partnerländern der USA. So sehr diese Entwicklung in einzelnen Volkswirtschaften begrüßt wird, stellt sie doch die Zentralbanken anderer Länder vor die Aufgabe, neue Liquiditätsquellen zu erschließen.

In den *Vereinigten Staaten von Amerika* brachte das erste Vierteljahr 1965 eine starke Beschleunigung der konjunkturellen Entwicklung. Dabei spielten Nachholkäufe von Automobilen und vorsorgliche Eindeckung mit Stahl eine wichtige Rolle, es gingen jedoch auch wieder Auftriebskräfte von den privaten Anlageinvestitionen aus. Erstmals seit einem Jahr stiegen die Aufwendungen im Wohnungsbau, gleichzeitig erhöhte die private Wirtschaft ihre Ausgaben insbesondere für die Ausrüstung ihrer Produktionsstätten. Nur der öffentliche Sektor machte eine Ausnahme. Die Zunahme der Ausgaben der Staaten und Gemeinden glich gerade die Abnahme der Ausgaben des amerikanischen Bundes aus.

Auch die voraussehbare Entwicklung in den kommenden Monaten berechtigt zu einer optimisti-

schen Beurteilung. Die Streikgefahr ist vorläufig gebannt, die Sozialpartner haben Zeit, sich bis zum 1. September 1965 über die neuen Arbeitsbedingungen zu einigen. Die gute Gewinnlage und die steigende Auslastung der Produktionskapazitäten haben, wie die jüngsten Umfragen zeigen, die Investitionsbereitschaft der Unternehmen nochmals erhöht. Die Pläne lassen jetzt eine Zunahme der Investitionsaufwendungen im Jahresvergleich von 15 vH erwarten. Wenn auch die künftige Verbrauchsneigung kaum so hoch wie im ersten Quartal 1965 veranschlagt werden kann, so wird der private Verbrauch doch, unterstützt durch die Aufstockung der Sozialeinkommen, die für den 1. Juli 1965 vorgesehen ist, und die Senkung von Verbrauchssteuern zum gleichen Termin, weiter als expansive Kraft wirken.

Die amerikanische Zahlungsbilanz hat sich dank der von den Banken und Industrieunternehmen bei den Kapitalexporten bislang geübten Zurückhaltung im Verlauf der letzten Monate erheblich verbessert. Es wäre allerdings zu früh, schon von einer Konsolidierung der Außenwirtschaftslage zu sprechen. Die Finanzierungsbedingungen in wichtigen europäischen Ländern bilden einen unvermindert großen Anreiz für amerikanische Investoren, Gelder im Ausland anzulegen; auch bietet Europa als Standort für neue Produktionsstätten noch immer Vorteile.

In *Großbritannien* sind durch das Budget für 1965/66 neue Daten gesetzt worden. Es ist damit zu rechnen, daß durch die finanzpolitischen Maßnahmen das binnenwirtschaftliche Nachfragewachstum reduziert wird. Durch die Nachfragedämpfung sollen vor allem Kapazitäten für den Export freigestellt werden. Es ist aber sehr zu bezweifeln, ob sich noch in diesem Jahr die Exportzunahme so beschleunigen wird, daß der Ausfall an zusätzlicher Binnennachfrage kompensiert werden kann. So dürfte sich die gesamtwirtschaftliche Expansion als Folge der restriktiven Finanzpolitik von 5,5 vH im

vergangenen Jahr auf etwa 4 vH in diesem Jahr abschwächen.

Mit der Restriktionspolitik soll darüber hinaus aber auch die Nachfrage nach Auslandsgütern gedrosselt werden. Die Gesamteinfuhr ging in den ersten vier Monaten saisonbereinigt um rund 4 vH gegenüber dem vorangegangenen Quartal zurück. Diese Entwicklung ist sowohl auf den im Herbst vergangenen Jahres verfüigten Sonderzoll, als auch auf die Abnahme der diesem Zoll nicht unterliegenden Nahrungsmitelefuhr zurückzuführen. Als Folge dieses Einfuhrückgangs scheint die britische Leistungsbilanz in den ersten drei Monaten annähernd ausgeglichen gewesen zu sein; die Ende April in Kraft getretene Ermäßigung des Sonderzolls dürfte zunächst jedoch noch einmal eine fühlbare Importzunahme nach sich ziehen. Grundsätzlich werden die Lohn- und die Preispolitik der Sozialpartner darüber entscheiden, ob in den kommenden Monaten ein erneutes Defizit vermieden werden kann. Dies setzt voraus, daß ein Wachstumsgleichschritt bei Einfuhren und Ausfuhren mit einer der gesamtwirtschaftlichen Expansion mindestens entsprechenden Fortschrittsrate von 3 bis 4 vH verwirklicht werden wird. Allerdings wäre das britische Zahlungsbilanzproblem unter diesen Umständen noch nicht gelöst. Die Rückzahlung der Großbritannien gewährten Stützungskredite verlangt Zahlungsbilanzüberschüsse; eine gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate von nur 3 bis 4 vH wird Großbritannien aber kaum die Produktivitätsfortschritte ermöglichen, die als Vorbedingung für eine Verbesserung seiner Wettbewerbsposition gelten müssen.

In Frankreich fehlen gegenwärtig eindeutige Zeichen einer Wiederbelebung der wirtschaftlichen Tätigkeit. Der saisonbereinigte Index der industriellen Produktion zeigt arbeitstägig berechnet nur eine geringe Zunahme in den ersten Monaten dieses Jahres, auch haben an der Verbesserung nicht alle Branchen teilgehabt. Die private Investitionstätigkeit leidet unverändert unter den wenig ermunternden Ertragserwartungen. Auch von der Verbrauchsgüternachfrage sind — soweit sie von der Steigerung der Masseneinkommen abhängig ist — keine nennenswerten Auftriebskräfte zu erwarten. Vor allem hat sich der Widerstand der Unternehmer gegen Lohnforderungen bei weiterhin entspanntem Arbeitsmarkt angesichts des ungünstigen auf die Gewinne drückenden Kapazitätsauslastungsgrades und anhaltender Preiskontrolle eher noch verstärkt.

Um die Erfolge der Stabilisierungsmaßnahmen nicht zu gefährden, hält die Regierung mit anregenden Maßnahmen zurück. Der Herabsetzung der Bankrate auf den Stand von September 1963 darf nur geringe Bedeutung für die Investitionsfinanzierung oder die Inanspruchnahme von Konsumentenkrediten beigemessen werden. Auch die für 1966 angekündigte Verringerung der steuerlichen Belastung der ausgeschütteten Gewinne, deren Ziel die Erleichterung der Investitionsfinanzierung über eine Belebung des Kapitalmarktes ist, dürfte die heutigen Investitionsplanungen und Auftragsvergaben nur wenig anregen. Zu den konjunkturstützenden Faktoren zählen die öffentlichen Investitionen, die private Nachfrage nach Wohnungen und der Außenhandel. So sind die Exporte Frank-

reichs in das Devisenausland im ersten Vierteljahr 1965 gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres erheblich stärker gestiegen (8,2 vH) als die Importe (0,6 vH). Die weiteren Aussichten für den Absatz auf den wichtigsten ausländischen Märkten erscheinen nicht ungünstig, unter der Voraussetzung allerdings, daß weiter relative Preisstabilität herrscht.

Die französische Regierung, die zum Ausgleich der Zahlungsbilanz auf die Dauer nicht auf Kapitalzuflüsse aus dem Ausland angewiesen sein will, hat sich zu einer groß angelegten Exportkampagne entschlossen. Als wichtigste der vorgesehenen Maßnahmen ist die Errichtung eines Finanzierungsinstituts zu nennen, das ausländischen Abnehmern französischer Waren erstmals direkte öffentliche Kredite gewähren soll. Ferner wird der Staat bei der Finanzierung von Niederlassungen französischer Exporteure im Ausland künftig Bürgschaften übernehmen. Allerdings ist mit der Durchführung dieser Reform, und damit auch ihrer Rückwirkung auf die Gesamtnachfrage, nicht vor Herbst dieses Jahres zu rechnen.

Die italienische Regierung hat sich zu einer nachhaltigen Wiederankurbelung der Wirtschaft bekannt. Zwar nimmt die Industrieproduktion — saisonbereinigt — schon seit geraumer Zeit wieder leicht zu, auch hat sich das allgemeine konjunkturelle Klima gebessert. Doch ist die private Investitionstätigkeit weiterhin unbefriedigend und die Nachfrage der privaten Haushalte nach Verbrauchsgütern noch immer sehr zurückhaltend. Durch eine erhebliche Ausweitung der öffentlichen Aufträge sollen vor allem dem von der Recession stark betroffenen Bausektor Impulse vermittelt werden. Daneben ist man bemüht, die stagnierende private Bautätigkeit durch fiskalische Erleichterungen anzuregen. Da weder der Mietstopp aufgehoben, noch bessere Finanzierungsmöglichkeiten für private Bauvorhaben geschaffen worden sind, ist es aber fraglich, ob diesen Maßnahmen Erfolg beschieden sein wird. Dagegen erscheint die Förderung der privaten Ausrustungsinvestitionen durch Krediterleichterungen insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmungen und durch die Übernahme eines Teils der bisher von den Unternehmern aufzubringenden Sozialausgaben durch den Staat erfolgversprechend. An eine unmittelbare Anregung des Konsums ist nicht gedacht, da die Regierung die Rationalisierung des Produktionsapparates als vordringlich für die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Wirtschaft ansieht. Noch immer ist nämlich der Lohn- und Preisanstieg nicht zum Stillstand gekommen, und eine Beschleunigung des Preisauftriebs müßte das trotz aller Exportsteigerungen weiterhin prekäre außenwirtschaftliche Gleichgewicht und damit letzten Endes auch die auf Expansion umgestellte Wirtschaftspolitik in Frage stellen.

Die Situation in Westdeutschland

Wegen der immer wieder zu vernehmenden Hinweise, der Kulminationspunkt dieses konjunkturellen Aufschwungs hätte im vergangenen Jahr gelegen und das Jahr 1965 verspräche eben nur „zufriedenstellend“ zu werden, ist es wohl berech-

tigt, das derzeitige Klima der Konjunktur in der Bundesrepublik als gedämpft optimistisch zu bezeichnen und den Akzent dabei auf „gedämpft“ zu setzen. Diese Einschätzung der Situation wird aber von den Indikatoren und Fakten der tatsächlichen konjunkturellen Entwicklung kaum bestätigt.

Sicher, die vorhandene Skepsis in einzelnen Branchen — wie etwa in der Bauwirtschaft — wird durch bestimmte Umstände gerechtfertigt. Doch könnte ohne Frage die allgemeine Stimmung besser sein, als sie ist! Mag sein, daß die ungewöhnliche Dauer dieses konjunkturellen Hochs den „kollektiven“ Optimismus dämpft; ein Ende des Aufschwungs nach den bisher gewohnten acht oder neun „fetten“ Vierteljahren ist jedoch noch nicht abzusehen. Vielleicht drückt aber auch seit Ende vorigen Jahres die Kursentwicklung auf den deutschen Aktienmärkten das Konjunkturbarometer nach unten. Jedenfalls ist die Kurstendenz seit Monaten wieder stärker abwärts gerichtet. Wohl wesentlich mitbedingt ist unser niedriges Kursniveau dadurch, daß ausländische, besonders amerikanische, Käufe ausblieben und daß bis in die letzte Zeit hinein per saldo sogar Verkäufe zu verzeichnen waren. Das begann mit der amerikanischen Zinsausgleichsteuer und findet leicht seine Fortsetzung, weil — sicherlich als Folge der zentralbankpolitischen Maßnahmen der amerikanischen Regierung — in den Vereinigten Staaten eine ausgesprochene Hausse herrscht.

In diesem Zusammenhang muß auch die Politik der Notenbank zur Sprache kommen. Das ist selbstverständlich angesichts der Tatsache, daß trotz erheblicher Restriktionen auf den Kreditmärkten und trotz Rückgangs des angeblich die Inflation importierenden Ausfuhrüberschusses die Stabilität des Preisniveaus nicht gewahrt werden konnte. Folglich wird man mit einer gewissen Unruhe in der Öffentlichkeit zu rechnen haben; immerhin kann eine Anhebung des allgemeinen Preisniveaus (Bruttosozialprodukt) um 4 vH gegenüber dem Vorjahr erwartet werden. Ein solcher Preisanstieg ist zwar keineswegs ungewöhnlich oder erstmalig, dennoch ist diesmal die Diskussion über die sog. schleichende Inflation heftiger als in früheren Fällen geführt worden.

Mit der Einsicht in die geringe Effizienz der Notenbank-Preispolitik stellt sich hoffentlich die Überlegung ein, daß die Nominalzinsentwicklung bei festverzinslichen Wertpapieren (vorläufiges Ende des „6-Prozenters“!) und das Vordringen mittelfristiger Emissionen weitere Kreditrestriktionen nicht ratsam erscheinen lassen. Denn schließlich wird von dem Anstieg der effektiven Zinsen jener weite Bereich der Investitionen mit relativer Zins-Unelastizität sowieso nicht getroffen. Allerdings ist das nur zu begrüßen, weil in diesen Bereichen die Voraussetzungen für weitere Produktivitätsfortschritte geschaffen werden.

Bei den zinsempfindlicheren — meist langfristigen — Investitionen dürften sich weitere Restriktionen mit einem „time-lag“ auswirken. Diese Verzögerung beschwört die Gefahr herauf, daß der Dämpfungseffekt gerade in jene Konjunktur-Phase fällt, in der stimulierende Einflüsse viel angebrachter wären.

Außerdem — ganz abseits von Überlegungen, ob Zinselastizität bestimmter Investitionen besteht oder nicht — sollte nicht übersehen werden, daß bei weiterer Intensivierung der restriktiven Notenbankpolitik der allgemeine Kreditspielraum über ein vertretbares Maß hinaus eingengt, die Restriktionsschraube also *überdreht* werden könnte. Hier soll nicht behauptet werden, dieser Zeitpunkt stünde bereits unmittelbar bevor. Dennoch entsteht in Anbetracht der Vorgänge auf dem Rentenmarkt der Eindruck, daß der Weg dorthin — und er kann sich leicht als abschüssig erweisen — von uns bereits betreten worden ist. So kann es fast als ein Glücksfall angesehen werden, daß im Falle der Kuponsteuer wenigstens zum Teil „die Rechte gab, was die Linke nahm“. Man hatte ursprünglich mit der Kapitalertragsteuer die Liquidität einengen wollen — das erreichte man; 1964 betrug der „Nachfrageausfall“ am Kapitalmarkt fast 2 Mrd. DM: Die Nachfrage des Auslands nach deutschen Rentenzertifikaten, 1963 noch 1,85 Mrd. DM, blieb aus, und Papiere für weitere 100 Mill. DM wurden vom Ausland abgestoßen. Das anschwellende Angebot an festverzinslichen Wertpapieren drückte auf die Kurse und zwang Bund und Sondervermögen zu Stützungskäufen in Höhe von bisher ungefähr einer Mrd. DM. Der gewünschte Liquiditätseffekt ist damit wenigstens zu einem guten Teil ausgeblieben.

Kaum weniger skeptisch als solche widersprüchliche Liquiditätspolitik stimmt der Gedanke an den vor einiger Zeit in der Diskussion aufgetauchten Vorschlag, die Sichteinlagen der Realkreditinstitute bei anderen Banken den Mindestreserve-Vorschriften zu unterwerfen. Die hier in Frage kommenden etwa 300 Mill. DM würden sicher kein kreditpolitisches Desaster verursachen, doch dürfte die Häufung derartiger Angriffe auf den Liquiditätsspielraum zu Pessimismus genug Anlaß geben. Die für die Geld- und Kreditpolitik verantwortlichen Instanzen sollten daher jeden weiteren restriktiven Eingriff unterlassen oder sogar nach Möglichkeiten Ausschau halten, wie man den Druck auf die Bankenliquidität mildern könnte.

Anders als die zurückhaltenden Äußerungen über die Konjunktur sieht die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung aus. Nachdem bereits die Ergebnisse der Frühjahrsmessen 1965 die Verbrauchs- und Gebrauchsgüterbasis der Konjunktur gesichert erscheinen ließen, haben die Resultate der Investitionsgüter-Messe in Hannover den im Konsumgütersektor seit 1963 vorhandenen gleichmäßig-ruhigen Trend nach oben wiederum bestätigt. Sowohl Umsatzentwicklung und Auftragslage bei den Unternehmungen als auch das durch starke Lohn- und Gehaltserhöhungen gesicherte Wachstum des privaten Verbrauchs schließen Überraschungen aus. Das gilt trotz des mehr und mehr an Bedeutung gewinnenden privaten Sparens, das als eine aus Empirie und Theorie bekannte Variante des gruppenbestimmten „Verbrauchs“-Verhaltens über das durch Maßnahmen der öffentlichen Hand induzierte Sparen hinaus die gesamtwirtschaftliche Sparquote expandieren läßt. Die in den letzten Jahren zu verzeichnende Verstärkung der privaten Ersparnisbildung (Zuwachsrate 1963: 16,7 vH; 1964: 23,7 vH; 1965 voraussichtlich 16,0 vH) drängt geradezu den Ausdruck „Sparwelle“ auf. Es zeigt sich hier eine

Tendenz, die zugunsten einer vernünftigen Vermögensverteilungspolitik durch großzügige, durchdachte Sparförderung intensiviert werden sollte.

Allzu enthusiastisch-favorisierende Messeberichte ausgeklammert, können noch mehr als die Konsumgüterindustrien die Investitionsgüterindustrien optimistisch in die Zukunft schauen, und das heißt bis in das Jahr 1966 hinein. Denn nicht wenige der auf der Messe in Hannover erteilten Aufträge werden erst im Laufe nächsten Jahres zur Auslieferung gelangen.

Der starke Auftragseingang beim Maschinenbau, der feinmechanischen und der elektrotechnischen Industrie spiegelt dabei die Bemühungen der Unternehmen um Rationalisierung des Produktionsprozesses angesichts eines fast ausgeschöpften Arbeitskräftereservoirs wider¹⁾. Dem Kapazitätseffekt dieser Anstrengungen ist es vor allem zuzuschreiben, wenn für 1965 ein Anstieg der gesamt-

¹⁾ Vgl. dazu Wochenbericht Nr. 18/1965: Die Beschäftigung in der westdeutschen Industrie im Jahre 1964.

wirtschaftlichen Produktivität um 5,3 vH — im vorigen Jahr waren es noch 6,1 vH — zu erwarten ist, und ein Anstieg des realen Bruttosozialprodukts um 5,5 vH gegenüber 6,8 vH im Vorjahr.

Allerdings ist festzustellen, daß die erweiterte Produktionsmöglichkeit im Durchschnitt der Industrie nicht zu ebenso großen Produktionszunahmen führt. Vielmehr tendiert der Ausnutzungsgrad industrieller Kapazitäten langfristig zum Sinken. Diese Bewegung wird durch die Neigung ergänzt, auf steigende Nachfrage nicht mehr so sehr mit intensiverer Auslastung der Produktionsaggregate oder der Ausdehnung der Lieferfristen zu reagieren als vielmehr mit Preisanhebungen. Mag nun der wachsende Umfang von Produktionsreserven seine Gründe in der Strategie um Marktanteile haben oder durch die Erwartung von Nachfragespitzen bedingt sein, auf jeden Fall finden sich — hier bei den weitverbreiteten, an den Vollkosten orientierten Kalkulationsgewohnheiten — neue Ursachen für „notwendige“ Preiserhöhungen.

Das Problem der Bodenmobilität in der Agrarpolitik

Bodenreichtum als Voraussetzung betriebswirtschaftlicher Anpassung

Die weithin unzureichenden Betriebsgrößen in der westdeutschen Landwirtschaft sind eines der stärksten Hindernisse für einen adäquaten landwirtschaftlichen Vollerwerb; dennoch ist in der Agrarpolitik der Bundesregierung noch kein erfolgversprechendes Konzept entwickelt worden, nach dem diese Frage gelöst werden könnte. Sie befindet sich damit in einem Dilemma: Auf der einen Seite will sie ihre Maßnahmen im wesentlichen lediglich als Grundlage der bäuerlichen Selbsthilfe verstanden wissen, auf der anderen Seite übersieht sie jedoch beharrlich, daß die Einsatzfähigkeit des betriebswirtschaftlichen Anpassungsinstrumentariums in starkem Maß von der Bodenausstattung der Betriebe abhängt. Im bodenreichen Betrieb ist der Anpassungsspielraum — ceteris paribus — größer als im bodenarmen!¹⁾

Es ist daher unbestritten, daß eine Flächenaufstockung zu den rentabelsten Investitionsmaßnahmen gehört. Dennoch hat sich die durchschnittliche Nutzfläche je Betrieb in den Größenklassen von 2 ha an zwischen 1949 und 1964 in der Bundes-

republik nur von 9,5 ha auf 11,5 ha erhöht. Auch wenn man nur die Entwicklung seit 1960 betrachtet, ist keine beschleunigte Änderung der Betriebsgrößenstruktur festzustellen.

Wie die folgende Bilanz der zwischen den verschiedenen Betriebsgrößenklassen umgeschichteten Nutzfläche zeigt, wanderte außerdem der größte Teil dieser umgeschichteten Fläche in die Größenklasse 10—20 ha. In diesem Punkt zeigt sich allerdings in den letzten Jahren eine Änderung: Der größte Teil der umgeschichteten Flächen kommt jetzt der Betriebsgrößenklasse 20—50 ha zugute. Sieht man von Sonderkulturbetrieben ab, so sind jedenfalls auch Betriebe von 10—20 ha zu klein für die bodenaufwendigeren Anbaumethoden, die ein real sinkendes Agrarpreisniveau, also der Zwang zu einer gegenüber Lohnsteigerungen unempfindlicheren Betriebsorganisation verlangt. Das gilt selbst noch für den unteren Teil der Klasse 20—50 ha.

Agrarpolitische Alternative?

Es ist nicht zu verkennen, daß dieser Aufstockungsprozeß zu langsam voranschreitet. Daraus indessen die Schlußfolgerung zu ziehen, daß es heute billiger und daher besser sei, den Umfang der

¹⁾ Hierzu B. Andrae: „Betriebsformen in der Landwirtschaft“. Stuttgart 1964, S. 342 ff.

Umschichtung der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Bundesgebiet (ohne West-Berlin) zwischen 1949 und 1964

Betriebsgrößenklassen	Zugang in 1 000 ha	Anteile in vH	Zunahme der Nutzfläche in vH	Betriebsgrößenklassen	Abgang in 1 000 ha	Anteile in vH	Abnahme der Nutzfläche in vH
10 — 20 ha	597,1	35,8	+ 16,8	0,5 — 2 ha	226,5	13,6	— 34,6
20 — 50 ha	463,2	27,7	+ 14,2	2 — 5 ha	697,1	41,8	— 37,9
50 — 100 ha	99,4	6,0	+ 12,1	5 — 10 ha	619,9	37,1	— 21,6
Außerlandwirtschaftl. Nutzung	¹⁾ 508,9	30,5	.	100 ha und mehr . .	125,1	7,5	— 22,2
Summe	1 668,6	100			1 668,6	100	

¹⁾ Abnahme der landwirtschaftlichen Nutzfläche von 1949-1964 um 3,8 vH.

in der Bundesrepublik nur nebenberuflich bestellten Nutzfläche ansteigen zu lassen, anstatt den steigenden Einkommensansprüchen durch Aufstockung hier (Vollerwerbsbetriebe) und Abstockung dort (Nebenerwerbsbetriebe und Betriebsauflösung) zu entsprechen²⁾, bedeutet jedoch wahrscheinlich eine Verkennung mehrerer Tatsachen:

1. Nicht in den oberen, sondern in den unteren Betriebsgrößenklassen liegen die Produktionskosten (oder die unerfüllten Einkommensansprüche) am höchsten, auch wenn sie dort am wenigsten kalkuliert und den Entscheidungen zugrunde gelegt werden.
2. Gerade eine „Entkommerzialisierung“ immer weiterer landwirtschaftlicher Betriebe leistet der Verschwendung volkswirtschaftlicher Ressourcen (nicht nur von Nutzfläche) Vorschub.
3. Bei steigendem Einkommen im gewerblichen Hauptberuf werden die nebenberuflichen Landwirte trotz zunehmender Freizeit nicht gewillt sein, bis zu 10 ha wenigstens extensiv zu bewirtschaften, ganz zu schweigen von den Betrieben über 10 ha, die heute für den Vollerwerb ebenfalls zu klein sind und weiter in wachsendem Umfang zu klein werden, für einen Nebenerwerb aber erst recht zu groß sind.

Schon diese wenigen Einwände lassen den Vorschlag „Aufrechterhaltung der Betriebsgrößenstruktur und allgemeiner Übergang zum Nebenerwerb“ schwerlich als geeigneten und dauerhaften Ersatz der bisher ungenügenden Änderung der Betriebsgrößenstruktur durch Ab- und Aufstockung erscheinen. Vielmehr erforderlich ist die entscheidendere Beschleunigung und Lenkung dieses Vorganges durch agrarpolitische Maßnahmen.

Fehlverteilung der Förderungsmittel

Da die Betriebsvergrößerung in der Bundesrepublik mit Abstockungen einhergehen muß, müssen die agrarpolitischen Maßnahmen ebenfalls diese beiden Seiten berücksichtigen. Die gegenwärtige Situation ist dagegen durch eine einseitige Förderung der Aufstockung gekennzeichnet, die aber mangels Flächenangebots nicht zum Zuge kommt. Das ist ein Beweis dafür, daß die Förderung der Abstockung zu schwach ist.

Die Fehlleitung der auf diesem Gebiet eingesetzten Mittel kann allein durch eine Verstärkung der Abstockungsanreize, kann aber auch durch eine gleichzeitige Verminderung der Aufstockungsförderung beseitigt werden. In jedem Fall müßte sich der Erfolg verbessern.

Abgesehen von den ganz aus privaten Mitteln finanzierten Betriebsvergrößerungen werden Aufstockungsvorhaben in erster Linie im Rahmen und mit öffentlichen Mitteln der Flurbereinigung sowie auch ohne Flurbereinigung nach den Richtlinien für die Aussiedlung und Aufstockung ausgeführt. Das Land wird durch direkten Ankauf seitens des Interessenten, durch Geldabfindung für die in einer Flurbereinigung abgetretenen Grundstücke (nach § 52 Flurbereinigungsgesetz), durch Kauf seitens der

ländlichen Siedlungsgesellschaften (teilweise mit Hilfe ihres im Grundstücksverkehrsgesetz geregelten Vorkaufsrechtes), schließlich in geringem Umfang durch Gewinnung neuer Nutzflächen u. ä. aufgebracht. Etwas anderer Art, aber derselben Zielsetzung untergeordnet, ist der Abschluß langfristiger Pachtverträge mit öffentlicher Vorausfinanzierung des Pachtzinses über die ganze Laufzeit.

Ein wichtiges Instrument dieser Aufstockungen ist die Kreditverbilligung, im Grenzfall bis zur völligen Zinslosigkeit.

Die Aufstockungsfläche je Vorhaben liegt im mehrjährigen Durchschnitt bei 3 ha. Aufstockungen im Rahmen von Flurbereinigungen fallen etwas größer aus; auch eine Aussiedlung beeinflusst die Größe der Aufstockung günstig. Dagegen ist der Anteil der Aussiedlungsbetriebe, die zu einer Aufstockung gelangen, bei Aussiedlungen im Zuge einer Flurbereinigung nicht mehr nennenswert höher als bei Aussiedlungen außerhalb einer Flurbereinigung³⁾.

Sowohl der bescheidene Umfang der durchschnittlichen Aufstockung als auch der hohe Anteil von Betrieben, die selbst anläßlich einer so grundlegenden Neugestaltung ihrer Produktionsverhältnisse wie Flurbereinigung und Aussiedlung nicht zu einer Vergrößerung gelangen, zeigt deutlich, daß der Engpaß bei der Bereitwilligkeit zur Landabgabe liegt.

Maßnahmen zur Förderung der Landabgabe

Sieht man sich nach Maßnahmen zur Unterstützung auch dieses Vorganges um, so ist das Ergebnis spärlich.

Zu erwähnen ist zunächst ein *Landabgabedarlehen* der Deutschen Landesrentenbank. Es kann dem Veräußerer eines Grundstückes oder nicht-lebensfähigen Betriebes, die zur Agrarstrukturverbesserung eingesetzt werden können, zusätzlich zum Kaufpreis gewährt werden, wenn diese niedrig verzinslichen Mittel im ländlichen Raum zur Verbesserung der bisherigen oder Begründung einer neuen Berufs- oder Lebensgrundlage dienen sollen⁴⁾.

Ähnliche Maßnahmen werden in einzelnen Bundesländern aus Landesmitteln finanziert. So gibt z. B. Hessen geringverzinsliche Bau- und Investitionskredite an Grundstückseigentümer, die ihr Land für Zwecke der ländlichen Siedlung und Agrarstrukturverbesserung abgeben. Niedersachsen beabsichtigt nach einem vom 12. April 1965 datierten „Sozialen Ergänzungsplan“ zum Stufeninvestitionsplan, u. a. Zuschüsse zum Aufbau einer neuen Existenz zu gewähren.

Eine zweite Maßnahmengruppe betrifft Alters- oder Ausbildungsbeihilfen an Landabgebende. Das Bundesgesetz über eine Altershilfe für Landwirte wirkt freilich mehr einem zu langen Hinauszögern der Betriebsübergabe an den Erben entgegen, als auf eine Betriebsaufgabe hin. Allerdings ist nicht auszuschließen, daß indirekt auch diese Maßnahme

²⁾ Vgl. etwa E. Werlé: „Die Stellung der Landwirtschaft in der hochindustrialisierten Wirtschaft“. Vorabdruck aus: Bayerisches Landwirtschaftliches Jahrbuch, 42. Jg., Sonderheft 2/1965, S. 19 f.

³⁾ Bericht über die Verbesserung der Agrarstruktur in der Bundesrepublik Deutschland 1963-1964. Herausgeber: Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Berlin-Bonn 1964, insbesondere S. 113.

⁴⁾ Allgemeine Bedingungen der Deutschen Landesrentenbank für die Gewährung von Krediten zur Förderung der Veräußerung von land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen vom 1.2.1965.

in Einzelfällen zu beschleunigter Abstockung beiträgt; sei es, daß der Hoferbe schon in einem nicht landwirtschaftlichen Beruf Fuß gefaßt hat, sei es, daß er die Aussichten des landwirtschaftlichen Kleinbetriebes realistischer zu beurteilen vermag. Wirkungsvoller ist gewiß die Gewährung einer *zusätzlichen* Altersbeihilfe, wie sie z. B. wiederum das Land Hessen durch Erlaß vom 6. Oktober 1964 in Ergänzung der Richtlinien für Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur durch Aussiedlung und Aufstockung landwirtschaftlicher Betriebe vom 25. September 1957 eingeführt hat. Diese Beihilfe ist unmittelbar an die Landabgabe gebunden.

In demselben Erlaß ist auch die Ausbildungsbeihilfe geregelt; sie ist an analoge Voraussetzungen geknüpft und kann an die Stelle der Altersbeihilfe treten. (Aus Mitteln des Grünen Planes gibt es Ausbildungsbeihilfen nur als besondere Maßnahme in den von Natur benachteiligten Gebieten.)

Auch in dem „Sozialen Ergänzungsplan“ Niedersachsens sind Zuschüsse für die Verbesserung der Altersversorgung vorgesehen, wenn sich die landabgebenden Betriebsinhaber aus Alters-, Gesundheits- oder wichtigen persönlichen Gründen keine neue Existenz mehr aufbauen können.

Man muß also schon in einzelne Bundesländer blicken, wenn man wenigstens in allerjüngster Zeit Maßnahmen feststellen will, die den hier geäußerten Bedenken Rechnung tragen. Auch dabei muß noch dahingestellt bleiben, ob die Vergünstigungen einen ausreichenden Anreiz darstellen.

Weitere Beispiele für ähnliche Abstockungsmaßnahmen sind in der französischen und niederländischen Agrarpolitik zu finden. Die Niederlande zeichnen sich zusätzlich vor allem durch eine wirkungsvolle Umschulungshilfe aus. In Belgien will man nach niederländischem Vorbild die Landabgabe prämiieren.

Seit kurzem stehen Anreize zur Betriebsaufgabe auch bei der EWG-Kommission zur Debatte. Man würde die Betriebsaufgabe in allen Mitgliedsstaaten gern nach einem einheitlichen Verfahren regeln.

Außerdem befürwortet die Brüsseler Behörde die Gewährung von Betriebsaufgabe-Renten auch bei Verkauf für nicht-landwirtschaftliche Zwecke, wie sie die Niederlande bereits kennen.

Da eine beschleunigte Änderung der Betriebsgrößenstruktur nicht zuletzt ein Finanzierungsproblem ist, dürfte es angebracht sein, sich vor Augen zu halten, daß die Anreize zur Abstockung materiell desto größer sein müssen,

je mangelhafter die Aufklärung über die Entwicklungsaussichten in der Landwirtschaft ist, je stärker die Wertschätzung des Bodenbesitzes, in der sich ein sozialer Existenzwert und ein Liebhaberwert ausdrückt, den Ertragswert überflügelt, je mehr sich die Erwartungen — zu Recht oder Unrecht — auf steigende Bodenpreise richten⁵⁾.

Nicht alle Maßnahmen, die die Kosten entsprechender Anreize zu senken instande wären, sind sehr aufwendig: Sachgemäße Aufklärung ist nicht teurer als Fehlinformation; und die auch aus anderen als agrarpolitischen Gründen erforderliche Raumplanung, Regionalentwicklung, Bau- sowie Baulandpolitik sind mit ihren Kosten nicht nur der Agrarpolitik zuzurechnen. Eine realistische Landbeschaffungs- und Strukturpolitik müßte freilich auch bereit sein, die Diskrepanz zwischen Ertragswert und einem wegen der anderen Attribute des Bodenbesitzes höheren Marktwert mit öffentlichen Mitteln zu überbrücken.

Wenn in der agrarpolitischen Diskussion schon darüber gesprochen wird, ob man nicht die für die nächsten Jahre zugesagten zusätzlichen Mittel allen landwirtschaftlichen Betrieben zugutekommen lassen soll bis hinab zu den kleinsten Betriebsgrößen, die zur Mitgliedschaft bei den Alterskassen berechtigt sind, so sollte man sich wenigstens auch über die weitere Entwicklung und Vervollständigung eines Instrumentariums Gedanken machen, das in der Lage ist, den kleinen Landwirten aus einer Sackgasse zu helfen.

⁵⁾ Vgl. hierzu E. E. Lipinsky: „Agrarstrukturverbesserung und Bodenmobilität“. Agrarwirtschaft 1963, S. 320 ff.

Gegenstand *)	Einheit †)	1964												1965		
		Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	
Anzahl der Werktage																
Kredite an Nichtbanken ¹²⁾																
Zentralbanksystem	Mill. DM	E	2894	2764	2760	2668	2904	2985	3042	3067	2897	2703	4566	3155	3700	
Kreditbanken	"	"	59251,9	60116,9	60052,4	61078,7	62548,3	62393,9	62958,5	64569,7	64553,1	64747,7	66889,4	66433,0	66878,8	
an Wirtschaft u. Private	"	"	49369,4	49894,9	49881,5	50643,4	51748,5	51551,8	52053,0	53261,5	53361,6	53535,9	55132,6	54707,9	55170,4	
kurzfristige Kredite	vH	"	63,1	63,2	63,2	63,3	63,7	63,2	63,0	62,9	62,5	62,4	63,2	63,0	63,0	
dar. Wechselkredite	"	"	26,7	26,3	26,6	26,4	26,3	26,5	26,4	26,1	26,2	26,3	28,2	27,5	27,3	
mittelfristige Kredite	"	"	16,4	16,4	16,3	16,3	16,3	16,4	16,6	16,7	16,8	16,5	16,2	16,2	16,1	
langfristige Kredite	"	"	20,5	20,4	20,5	20,4	20,0	20,4	20,4	20,4	20,7	21,1	20,6	20,8	20,9	
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	"	2127,7	2160,6	2147,3	2180,4	2289,3	2314,0	2281,0	2424,7	2466,7	2475,9	2617,8	2582,9	2555,9	
Wertpap. u. Konsortialbeteiligung	"	"	7754,8	8061,4	8023,6	8254,9	8510,5	8528,1	8624,5	8883,5	8724,8	8735,9	9129,0	9142,2	9152,5	
Übrige Kreditinstitute ¹⁾																
an Wirtschaft u. Private	"	"	183011,9	185229,2	187741,4	189877,2	192164,7	194052,7	195552,8	198065,1	200325,7	204167,4	205498,8	207966,0	210041,6	
kurzfristige Kredite	vH	"	127944,0	129291,5	130989,8	132439,8	134206,1	135235,0	136293,2	138209,8	139714,5	142613,2	142925,8	143805,6	145051,3	
dar. Wechselkredite	"	"	17,7	17,8	17,8	17,7	17,9	17,4	17,1	17,3	17,1	16,8	17,0	17,0	17,2	
mittelfristige Kredite	"	"	6,0	6,0	6,1	6,1	6,1	6,0	5,9	5,9	5,8	5,7	5,8	5,7	5,8	
langfristige Kredite	"	"	8,8	8,8	8,8	8,8	9,1	9,1	9,1	9,0	9,0	9,0	9,0	8,9	8,7	
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	"	73,5	73,4	73,4	73,5	73,0	73,5	73,8	73,7	73,9	74,2	74,0	74,1	74,1	
Wertpap. u. Konsortialbeteiligung	"	"	31769,0	32342,2	32711,3	33015,3	33370,7	33960,7	34235,2	34696,0	35276,5	36068,5	37221,4	38027,3	38225,9	
	"	"	23304,9	23595,5	24040,3	24421,9	24587,9	24857,0	25024,4	25104,3	25334,7	25485,7	25531,6	26133,1	26764,4	
Bargeldumlauf und Bank-einlagen ¹²⁾																
Bargeldumlauf außerhalb der Kreditinstitute	Mill. DM	E	25891	25757	26742	26839	26689	27557	27308	27267	27442	28070	27804	27353	28345	
Sicht- u. Termineinlagen, ges. ¹⁾	"	"	68287	69754	68640	69845	72076	70728	71687	73100	72213	72126	75422	72953	73136	
von Wirtschaft und Privaten	"	"	49358	49177	50283	50850	51360	52044	52577	53119	53603	54498	56976	54990	54991	
Sichteinlagen	vH	"	69,6	70,4	70,1	70,4	71,7	71,0	71,4	71,5	71,3	72,0	71,6	70,0	69,4	
Termineinlagen	"	"	30,4	29,6	29,9	29,6	28,3	29,0	28,6	28,5	28,7	28,0	28,4	30,0	30,6	
von deutschen öffentl. Stellen ¹⁾	Mill. DM	"	18934	20577	18357	18995	20716	18684	19110	20381	18610	17628	18446	17963	18145	
Sichteinlagen bei Kreditinstit. außerh. d. Zentralbanksystems	vH	"	25,6	23,1	23,2	22,5	24,6	22,5	24,7	22,6	22,6	28,6	29,7	25,6	26,9	
Sichteinlagen beim ZBS ¹⁾	"	"	18,3	28,2	22,7	21,8	25,2	22,7	20,4	20,1	26,6	15,4	17,4	17,8	21,4	
Termineinlagen	"	"	56,1	48,7	54,1	55,7	50,2	54,8	54,9	47,3	50,8	56,0	52,9	56,6	55,3	
ERP-Sondervermögen	Mill. DM	"	613	517	425	448	445	754	611	553	538	430	134	569	270	
Spareinlagen	"	"	83875	84589	85336	85780	86472	87266	87952	88574	89629	90218	93501	95228	96954	
Deutsche Bundesbank																
Gold und Devisen, gesamt	Mill. DM	E	30894,5	30583,1	30026,1	29850,2	30811,2	30392,6	30207,6	30322,7	30303,5	29887,3	30747,4	29288,6	29628,6	
Gold	"	"	15160,1	15575,6	16001,1	16039,2	16082,9	16224,8	16308,7	16348,1	16348,9	16349,6	16730,8	16735,7	16738,2	
Guthaben bei ausländ. Banken	"	"	15411,4	14619,2	13617,3	13388,2	14273,5	13693,8	13419,1	13501,0	13478,5	13041,3	13453,2	11986,6	12373,9	
Sorten, Wechsel, Schecks	"	"	323,0	388,3	407,7	422,7	454,8	474,0	479,8	473,6	476,1	496,4	563,4	566,3	550,7	
Wertpapiermarkt																
Absatz an festverz. Schuldver-schreibungen und Aktien ²⁾	Mill. DM	S	1340,2	1484,0	1570,1	1452,1	1950,3	1726,0	1497,8	1267,2	1533,1	1086,8	1318,3	2417,5	1804,3	
Pfandbriefe	vH	"	20,7	25,5	33,7	19,9	21,4	24,6	21,4	20,2	24,6	33,5	41,3	24,1	24,6	
Kommunalobligationen	"	"	26,8	27,4	23,1	13,4	11,6	16,7	14,5	12,1	18,5	15,2	21,5	18,3	21,2	
Öffentliche Anleihen	"	"	20,1	23,9	7,4	29,2	22,8	10,8	27,1	25,6	29,9	34,0	10,3	33,0	0,6	
Industrieobligationen	"	"	7,5	3,4	10,0	12,7	12,6	4,6	2,7	—	3,3	—	0,5	6,2	—	
Aktien	"	"	4,2	3,4	11,0	7,5	7,6	14,6	12,8	11,0	8,3	8,3	5,4	3,6	16,0	
Kursdurchschnitt ³⁾	31.12.53															
Aktien ⁴⁾	=100	D	579	600	596	584	574	583	594	599	577	562	561	564	549	
5%ige Pfandbriefe	vH	"	118,97	119,52	119,59	119,76	119,89	119,92	120,04	120,04	119,90	119,58	119,69	119,93	119,71	
5%ige Kommunalobligationen	"	"	116,88	117,21	117,47	117,61	117,68	117,68	117,80	117,82	117,94	118,25	118,29	118,44	118,43	
5 1/2%ige Pfandbriefe	"	"	120,83	121,60	121,77	122,02	122,25	122,36	122,55	122,54	122,29	121,81	121,65	121,73	121,35	
Finanzen																
Kassenmäßige Einnahm. aus Steuern des Bundes und der Länder ⁵⁾	Mill. DM	S	5239,2	8735,7	5344,8	5657,4	9468,7	6092,8	6057,2	9488,3	6040,6	6189,8	10994,0	7003,2	5307,9	
Einkommen- u. Körperschaftst. ⁶⁾	"	"	1690,5	5419,6	1797,6	1853,2	5873,6	2166,7	1884,6	5751,4	1983,3	1892,6	6840,5	2722,3	1616,8	
Lohnsteuer	"	"	1118,5	866,5	987,1	1110,5	1150,6	1456,0	1424,7	1425,7	1585,6	1586,2	1780,9	2024,7	1212,1	
Veranl. Einkommenst.	"	"	317,8	2839,0	538,9	476,5	2849,0	349,7	218,5	2680,9	188,6	163,0	3068,1	349,7	233,4	
Körperschaftsteuer	"	"	135,9	1663,9	160,7	193,2	1653,8	151,1	63,9	1612,5	169,9	99,0	1928,6	240,9	114,3	
Umsatzsteuer	"	"	1567,9	1493,1	1710,7	1820,8	1742,3	1892,4	1867,1	1754,0	1970,0	2035,8	1964,4	2557,7	1681,0	
Zölle und Verbrauchsst.	"	"	1257,9	1400,1	1351,5	1235,0	1414,8	1534,1	1483,8	1525,4	1597,0	1453,2	1684,4	1454,7	1247,2	
Lastenausgleichsabgaben ⁷⁾	"	"	356,6	48,2	80,5	346,5	46,3	76,9	334,4	53,1	88,9	372,0	90,9	66,0	332,5	
Außenhandel																
Einfuhr, insgesamt	Mill. DM	S	4234	4632	4923	4389	4933	5245	4562	4983	5479	5471	5678	5326	4988	
Ausfuhr, insgesamt	"	"	5158	5447	5690	5126	5402	5471	4688	5315	5950	5561	6151	5458	5413	
Saldo ⁸⁾	"	"	+ 924	+ 815	+ 767	+ 737	+ 469	+ 226	+ 126	+ 332	+ 471	+ 90	+ 473	+ 132	+ 425	
Einfuhrvolumen ⁹⁾	"	"	4452	4914	5182	4603	5198	5577	4812	5359	5838	5759	5921	5528	5191	
Ausfuhrvolumen ⁹⁾	"	"	5121	5420	5675	5113	5447	5407	4585	5274	5880	5470	5900	5337	5275	
Terms of Trade ¹⁰⁾	1960=100	D	105,9	106,6	105,6	105,2	104,4	107,7	107,8	108,4	107,9	107,1	107,3	106,2	106,8	
Einfuhr																
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	S	1012	1119	1144	1088	1196	1167	1087	1145	1268	1350	1359	1172	1048	
Rohstoffe	"	"	827	904	934	894	888	935	879	901	899	935	1016	1029	880	
Halbwaren	"	"	688	665	821	727	831	939	805	843	913	870	957	969	788	
Fertigwaren	"	"	1674	1903	1976	1643	1955	2141	1744	2056	2337	2257	2283	2117	2232	
davon: Vorzeugnisse	"	"	578	622	706	631	742	776	673	747	834	817	800	778	791	
Enderzeugnisse	"	"	1096	1281	1270	1012	1213	1365	1071	1309	1503	1440	1483	1340	1441	
Ausfuhr																
Güter der Ernährungswirtschaft	"	"	136	137	140	133	121	114	113	123	138	155	161	160	153	
Rohstoffe	"	"	223	212	223	194	209	198	188	207	222	210	214	198	172	
Halbwaren	"	"	458	470	479	463	479	481	429	492	538	494	525	534	475	
Fertigwaren	"	"	4321	4608	4831	4314	4573	4659	3935	4529	5025	4677	5224	4542	4591	
davon: Vorzeugnisse	"	"	939	1009	1016	944	1004	991	893	965	1051	1011	1087	1014	1013	
Enderzeugnisse	"	"	3382	3599	3815	3370	3569	3668	3042	3564	3974	3666	4137	3528	3578	

*) Sämtliche Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschl. Berlin (West).
† S = Monatssumme, E = Monatsende, D = Monatsdurchschnitt. — Kursiv: Zahlen: Vorläufig oder geschätzt. — o) Berichtigte Zahl.
1) Einschl. Postsparkassen- und Postscheckkämter, K. f. W. und Finag und Teilzahlungsanstalten. Ohne ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1953 unter 0,5 Mill. DM lag. — 2) Einschl. des Absatzes an Investitionshilfe-Gläubiger. — 3) Aus den Kursnotierungen an den Bankstichtagen errechnet. — 4) Kursdurchschnitt aus 430 ausgewählten Aktien. — 5) Unter Einbeziehung der Lastenausgleichsabgaben. — 6) Einschl. des Notopfers Berlin. — 7) Vermögensabgabe, Hypothekengewinnabgabe, Kreditgewinnabgabe. — 8) Einfuhrüberschuß —, Ausfuhrüberschuß +. — 9) Mengen bewertet mit Durchschnittswerten des Jahres 1960. — 10) Verhältnis der Durchschnittswerte der Einfuhr zu den Durchschnittswerten der Ausfuhr. — 11) Einschl. der bei der Bundesbank unterhaltenen Einlagen des ERP-Sondervermögens. — 12) Ab Jan. 1963 wurde die Berichtspflicht für die ländlichen Kreditgenossenschaften neu festgesetzt.
Soweit es sich nicht um Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung handelt, entstammen die Angaben folgenden Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Bonn. — Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. — Statistische Landesämter. — Deutsche Bundesbank, Frankfurt a. M.

Gegenstand	Gebiet	Einheit†)	1964												1965			
			Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	
Anzahl der Werktage			22,5	21,0	20,8	22,8	18,2	21,8	23,8	22,0	22,8	23,0	20,9	21,8	20,7	.	.	
Verkehrsindizes																		
Personenverkehr, kalendertägl.	BRD	1962 = 100	TD	95	97	101	91	102	93	93	94	101	90	96	94	101	.	
Dtsch. Bundesbahn, bef. Pers.				90	95	87	91	86	85	82	73	84	86	89	90	.	.	
Straßenbahnen, " " " "				111	114	106	109	103	104	100	93	105	110	117	119	.	.	
Omnib., Ortslinien, " " " "				109	110	101	106	99	99	94	90	103	104	111	106	.	.	
Überlandl. " " " "				46	55	57	59	107	143	132	115	125	87	62	57	.	.	
Gelegenheit " " " "	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"		
Güterverkehr, kalendertäglich	BRD	1962 = 100	TD	100	99	93	107	93	106	109	102	111	118	117	103	92	.	
Dtsch. Bundesbahn, bef. Güter				66	93	100	129	112	124	116	105	108	111	113	106	.	.	
Binnenschiffahrt, " " " "				109	107	114	115	109	112	115	114	112	121	116	115	.	.	
Seeschiffahrt, Güterumschlag				97	93	101	119	103	119	123	115	125	128	118	103	.	.	
Fernverk. m. Lkw ¹⁾ , bef. Güter				179	167	176	182	166	169	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Nachrichtenverkehr ²⁾	BRD	1954 = 100	S	179	167	176	182	166	169	.	.	.	.	.	.	.	.	
Deutsche Seefrachten	BRD	2.Hj.54=100	D	137	136	137	138	137	138	138	138	138	139	139	139	139	140	
Linienfahrt				89	80	73	76	76	76	75	77	79	82	86	85	84	86	
Trampfahrt				110	73	44	49	46	45	40	51	47	58	62	83	74	66	
Tankerfahrt				"	Mot/Sc.=100	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"
Verkehrsleistungen																		
Personenverkehr	BRD	1000	S	92168	88336	98253	85272	99251	87580	90731	91110	94627	87114	90172	90859	97969	.	
Dtsch. Bundesbahn ³⁾ , bef. Pers.				2605	2567	3045	2564	3548	3326	4110	3951	3229	2739	2415	3301	2715	.	.
Pkm				245600	241768	237611	238140	232278	224616	222780	197444	219832	234300	234247	243320	225972	.	.
Straßenbahnen ⁴⁾ , bef. Pers.				1170	1156	1140	1140	1111	1067	1045	939	1051	1114	1121	1160	1077	.	.
Pkm				314725	300475	296728	299507	293518	287866	283906	265834	292847	309371	316061	322759	312045	.	.
Omnibusse ⁵⁾ , bef. Pers.	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	
Pkm	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	
Luftfahrt ⁶⁾ , Fluggäste	BRD	1000	"	701	697	858	945	1208	1204	1277	1366	1355	1186	869	831	829	825	
Güterverkehr	BRD	1000 t	S	25855	24590	25192	28128	25325	27809	29547	27542	29049	31986	30829	27867	24886	.	
Dtsch. Bundesb. ⁷⁾ , bef. Güter				5282	4739	4696	5164	4728	5143	5536	5186	5525	5957	5577	5235	4632	.	.
Tarif-tkm " " " "				1515	1446	1477	1651	1424	1588	1703	1578	1679	1824	1680	1545	1395	1362	1572
Güterwagengestellg. " " " "				9661	12669	14513	18126	16342	17418	16838	15222	15226	16121	15982	15489	14230	.	.
Binnenschiffahrt ⁸⁾ , bef. Güter				1964	2618	3186	4201	3866	4039	3837	3238	3277	3402	3374	3539	3132	.	.
tkm				7895	7274	8255	8160	8051	8010	8268	8221	7956	8761	8407	8356	.	.	
Seeschiffahrt ⁹⁾ , bef. Güter				8863	8466	9202	10861	9421	10846	11209	10490	11450	11723	10811	9407	.	.	
Fernverk. m. Lkw ¹⁾ " " " "				2244	2133	2597	2652	2291	2626	2704	2529	2795	2875	2669	2815	.	.	
Tarif-tkm " " " "				15540	16396	16753	17755	17065	17183	17568	16082	18590	20663	19480	20806	18095	19310	21723
Luftfahrt ⁶⁾ , Fracht und Post				"	t	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"
Nachrichtenverkehr	BRD	Mill.	S	765	711	786	825	680	718	772	679	785	810	831	931	714	727	
Briefsendungen				22	22	26	25	20	21	21	19	24	29	33	41	21	22	26
Paketsendungen				524	491	483	486	522	501	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Telefongespräche				"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"
Neuzulassgn. v. Kraftfahrzeugen	BRD	Stück	S	94090	119944	181742	178128	188622	146874	140577	96272	126309	132111	105109	102324	95038	127610	
dar. Personenkraftwagen ¹⁰⁾				80483	102056	157376	152637	120916	126483	121671	82081	107987	113704	90163	87423	81007	111348	170152
Einzelhandelsumsätze																		
Gesamter Einzelhandel	BRD*)	1954 = 100	S	176	170	199	205	198	191	208	183	193	232	234	311	186	180	
Nahrungs- und Genußmittel	"	"	"	168	173	187	183	182	182	193	184	177	195	185	249	174	175	
Bekleidung und Wäsche	"	"	"	164	138	181	194	203	170	198	148	173	250	251	334	186	147	
Hausrat und Wohnbedarf	"	"	"	189	181	204	212	198	199	226	213	229	262	277	373	202	201	
sonstiger Einzelhandel	"	"	"	203	202	239	250	220	230	237	207	221	241	248	351	204	218	
Grundstoffpreise																		
Grundstoffe insgesamt	BRD	1958 = 100	D	104,0	103,9	102,8	102,1	102,2	102,5	102,6	103,1	103,0	103,9	104,9	105,7	104,8	105,1	
Grundst. inländischer Herkunft	"	"	"	105,0	104,9	103,6	102,7	103,1	103,4	103,6	104,2	104,0	105,0	106,2	107,1	106,2	106,5	
ausländischer " " " "	"	"	"	98,2	97,6	98,2	98,0	97,5	97,3	96,9	97,1	97,2	97,6	97,6	97,0	97,1	96,7	
Grundst. landwirtschaftl. Herk.	"	"	"	110,9	109,0	106,1	103,9	104,5	104,6	104,7	105,2	104,4	105,5	107,4	109,9	108,0	107,8	
" industrieller " " " "	"	"	"	100,1	100,5	100,6	100,9	100,8	101,1	101,2	101,7	102,1	102,9	102,9	102,9	102,7	103,4	
Erzeugerpreise																		
Industrieerzeugnisse insgesamt	BRD	1962 = 100	D	100,9	101,0	101,1	101,2	101,2	101,2	101,2	101,5	101,9	102,4	102,8	102,7	103,0	103,4	
Grundst.- und Prod.-güterind.	"	"	"	99,0	99,3	99,4	99,8	99,6	99,5	99,5	99,9	100,5	101,3	101,6	101,3	100,8	101,7	
Investitionsgüterindustrien	"	"	"	100,6	100,6	100,8	101,0	101,2	101,2	101,3	101,6	102,0	102,6	103,3	103,4	103,9	104,0	
Verbrauchsgüterindustrien	"	"	"	102,9	103,0	103,2	103,3	103,3	103,3	103,4	103,6	104,2	104,3	104,4	104,4	104,9	105,2	
Nahrungs- u. Genußmittellind.	"	"	"	102,2	102,1	101,9	101,7	101,6	101,6	101,5	101,8	102,0	102,1	102,3	102,4	102,5	102,7	
Landwirtschaftliche Produkte insgesamt	"	57/58 = 58/59 = 100	"	111,3	110,1	107,3	105,2	105,4	105,5	108,9	108,4	106,8	107,3	110,5	113,8	111,5	110,9	
Einzelhandelspreise																		
Insgesamt	BRD*)	1958 = 100	D	111	111	111	111	111	111	112	112	112	113	113	113	114	114	
Lebensmittel	"	"	"	109	110	110	110	110	110	112	111	111	111	111	112	112	112	
Textilwaren und Schuhe	"	"	"	109	110	110	110	110	110	110	111	111	111	111	111	112	112	
Hausrat und Wohnbedarf	"	"	"	112	113	113	113	113	113	113	113	113	114	114	115	115	116	
Preisindex f. d. Lebenshaltg.																		
Gesamt ¹¹⁾	BRD	1962 = 100	D	104,6	104,7	104,9	105,1	105,2	105,3	105,7	105,5	105,5	105,7	106,2	106,4	107,0	107,1	
Nahrungs- u. Genußmittel	"	"	"	104,6	104,5	104,7	105,0	105,0	105,1	105,8	104,9	104,7	104,5	105,4	105,8	106,4	106,2	
Kleidung, Schuhe	"	"	"	103,3	103,5	103,7	104,0	104,1	104,1	104,2	104,3	104,6	104,9	105,1	105,2	105,6	105,9	
Wohnungsmiete	"	"	"	109,1	109,5	109,9	111,4	111,6	111,6	112,4	112,7	113,1	114,2	114,6	114,8	116,2	116,4	
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	"	"	"	105,1	105,0	104,8	103,3	102,9	103,1	103,3	103,5	104,0	104,8	105,0	105,1	106,3	106,4	
Sonst. f. Haushaltsführung ¹²⁾	"	"	"	102,6	102,8	102,9	102,9	103,1	103,4	103,4	103,7	103,8	104,1	104,2	104,3	104,8	105,1	
Waren und Dienstleistungen	BRD	1962 = 100	D	105,2	105,2	105,5	105,6	105,6	105,6	105,7	105,7	105,9	105,9	106,0	106,0	106,0	106,1	
für Verkehr, Nachrichtenüb.				104,1	104,3	104,5	104,7	105,2	105,7	105,8	106,0	106,2	106,3	107,0	107,2	107,6	108,0	108,2
Körper- u. Gesundheitspflege				103,0	103,3	103,3	103,3	103,2	103,3	103,5	103,5	103,2	103,4	103,8	104,0	104,4	105,1	105,5
Bildung u. Unterhaltung				103,0	103,3	103,3	103,3	103,2	103,3	103,5	103,5	103,2						

Gegenstand	Einheit†)		1964												1965		
			Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Ver. St. v. Amerika																	
Bruttosozialprodukt . . .	Mrd. \$	V ¹⁵⁾	.	.	608,8	.	.	618,6	.	.	628,4	.	.	634,6	.	.	64,9
Privater Verbrauch . . .	"	" ¹⁶⁾	.	.	390,0	.	.	396,1	.	.	404,6	.	.	406,5	.	.	418,2
Bruttoinvestition, privat einschl. Außenbeitrag . . .	"	" ¹⁶⁾	.	.	93,6	.	.	92,9	.	.	94,3	.	.	98,1	.	.	100,8
Öffentlicher Bedarf . . .	"	" ¹⁶⁾	.	.	125,2	.	.	129,6	.	.	129,5	.	.	130,0	.	.	130,0
Erwerbstätige ¹⁾ . . .	1000	E	67228	68002	68517	69877	71101	71953	72405	72104	70805	71123	70793	70375	68996	69496	70169
Arbeitslose . . .	"	D	4565	4524	4293	3921	3640	4692	3813	3654	3317	3252	3373	3466	3996	4218	3740
Ind. Produktion ²⁾ . . .	1957/59 = 100	E	127,7	128,2	129,0	130,5	131,3	131,6	132,9	133,8	134,0	131,2	135,0	137,7	138,2	138,9	140,1
Lagerhaltung verarb. Ind. ³⁾	Mrd. \$	E	59,99	60,11	60,33	60,53	60,40	60,49	60,76	61,02	61,78	62,28	62,94	63,21	63,35	.	.
Außenh., Generaleinfuhr	Mill. \$	S	1465	1322	1567	1555	1434	1577	1615	1491	1568	1644	1655	1720	1138	1489	.
Generalausfuhr . . .	"	S	2091	2063	2151	2170	2225	2067	2088	1942	2112	2258	2242	2578	1217	1593	.
Goldbestand . . .	"	E	15513	15480	15462	15462	15462	15462	15463	15462	15462	15462	15442	15388	15258	14984	14687
Konsumkredite ¹⁰⁾ . . .	"	E	53597	53552	53795	54382	55120	55914	56496	57055	57446	57826	58085	59397	59342	59363	.
Emissionen ⁴⁾ . . .	"	E	2482	2022	2121	4930	2267	3056	2467	4128	2527	2909	4607	3111	2332	.	.
Aktienkurse (500 Aktien) ⁵⁾	1941/43 = 10	D	76,45	77,39	78,80	79,94	80,72	80,24	83,22	82,00	83,41	84,85	85,44	83,96	86,12	86,75	86,83
Rendite öff. Anleihen . . .	%	S	4,15	4,14	4,18	4,20	4,16	4,13	4,13	4,14	4,16	4,16	4,12	4,14	4,14	4,16	4,15
Staatseinnahmen . . .	Mill. \$	S	6628	11525	12168	8334	10652	14376	4745	10552	11739	4344	9716	10256	6387	11227	.
Staatsausgaben . . .	"	S	9848	9393	9390	10163	9533	10502	10217	11218	9700	10512	9281	11112	9358	9570	.
Großhandelspreise ⁶⁾ . . .	1957/59 = 100	D	101,0	100,5	100,4	100,3	100,1	100,0	100,4	100,3	100,7	100,8	100,7	100,7	101,0	101,2	101,3
Lebenshaltungskosten ⁷⁾ . . .	"	M	107,7	107,6	107,7	107,8	107,8	108,0	108,3	108,2	108,4	108,5	108,7	108,8	108,9	108,9	.
Großbritannien																	
Bruttosozialprodukt . . .	Mill. £	V	.	.	6674	.	.	7091	.	.	7058	.	.	7440	.	.	.
Privater Verbrauch . . .	"	"	.	.	4840	.	.	5256	.	.	5364	.	.	5578	.	.	.
Bruttoinvestition einschl. Außenbeitrag . . .	"	"	.	.	1270	.	.	1260	.	.	1219	.	.	1456	.	.	.
Öffentlicher Verbrauch . . .	"	"	.	.	1317	.	.	1356	.	.	1350	.	.	1408	.	.	.
Erwerbstätige ¹⁾ . . .	1000	E	24045	24046	24061	24139	24414	24458	24511	24608	24619	24615	24619	24624	24394	24386	.
Registrierte Arbeitslose . . .	"	D	500,7	464,1	425,4	411,6	369,1	321,9	317,5	368,5	341,7	347,8	350,0	348,8	376,4	367,9	372,1
Ind. Produktion ²⁾ . . .	1958 = 100	D	125	131	128	131	128	132	116	113	130	134	137	129	132	137	.
Außenh., Spezialeinfuhr	Mill. £	S	509,8	431,1	444,5	484,9	450,9	472,6	451,4	450,8	449,9	496,1	454,2	471,2	467,3	391,4	.
Spezialausfuhr . . .	"	S	342,6	368,2	355,4	335,4	411,7	365,1	342,9	366,6	312,9	377,3	378,5	294,8	356,3	369,1	400
Gold- u. Devisenreserven	Mill. \$	E	2674	2626	2660	2713	2761	2705	2677	2584	2540	2453	2344	2316	2299	2363	2330
Emissionen ⁹⁾ . . .	Mill. £	E	100,4	51,4	97,1	80,1	66,4	55,4	89,0	49,2	52,8	39,8	34,5	27,4	38,4	59,1	87,6
Aktienkurse (Fin. Times)	1935 = 100	D	336,8	330,8	337,8	346,5	343,3	343,5	354,6	361,1	367,2	361,8	345,1	332,3	337,3	347,7	334,9
Rendite öff. Anleihen . . .	%	D	5,83	5,96	5,95	5,95	6,06	6,11	6,03	6,04	6,04	6,07	6,07	6,25	6,28	6,30	6,32
Staatseinnahmen . . .	Mill. £	S	758,9	1155,6	700,6	359,4	645,7	484,5	348,9	758,0	529,8	522,0	587,7	551,7	1001,8	1013,5	92,39
Staatsausgaben . . .	"	S	419,0	741,5	753,8	387,3	677,8	563,1	430,6	742,0	615,9	555,1	530,6	702,2	629,8	658,3	814,2
Großhandelspreise industrieller Güter ¹⁰⁾ . . .	1954 = 100	D	122,1	122,2	122,3	123,5	124,3	124,4	124,8	125,1	125,5	125,7	126,4	126,8	127,3	127,6	127,7
Lebenshaltungskosten ¹¹⁾ . . .	16. 1. 1962 = 100	"	104,7	104,8	105,2	106,1	107,0	107,4	107,4	107,8	107,8	107,9	108,8	109,2	109,5	109,5	109,9
Frankreich																	
Arbeitslose . . .	1000	E	100,1	111,2	109,1	101,1	96,8	86,4	77,4	76,3	80,5	90,0	105,9	117,1	125,9	156,8	158,5
Ind. Produktion . . .	1959 = 100	D	143	138	141	148	138	147	150	83	138	146	142	147	137	.	.
Außenh., Spezialeinfuhr	Mill. NF	S	4251	4175	4357	4590	4151	4421	4020	3112	3586	4151	4083	4528	4029	3943	.
Spezialausfuhr . . .	"	S	3608	3709	3795	3806	3484	3935	3726	2733	3442	4119	3678	4065	3396	3861	.
Gold- u. Devisenreserven	Mill. \$	E	4481	4494	4477	4533	4681	4737	4813	4827	4863	4902	4999	5105	5172	5254	5316
Aktienkurse (124 Ind.-Akt.)	31. 12. 58 = 100	D	86,5	80,9	77,3	77,5	73,5	69,0	78,3	78,6	74,1	75,6	77,3	77,1	75,3	73,0	.
Rendite öff. Anleihen . . .	%	"	4,99	5,03	4,97	5,05	5,15	5,36	4,97	5,06	5,10	5,08	5,11	5,07	5,08	5,39	.
Großhandelspreise (319 W.)	1949 = 100	"	199,8	198,1	196,3	195,4	198,3	195,5	196,4	198,0	198,7	198,7	200,3	201,9	201,4	201,0	200,0
Lebenshaltungskosten ¹²⁾ . . .	1962 = 100	"	107,1	107,1	107,3	107,4	107,6	107,8	107,9	108,1	108,5	109,1	109,0	109,1	109,8	110,0	.
Italien																	
Arbeitslose . . .	1000	E	454	.	260	.	.	236	.	.	.	301	.	.	602	.	.
Ind. Produktion . . .	1953 = 100	D	251,9	244,1	252,6	252,3	239,3	237,0	254,3	181,0	248,7	257,2	246,0	241,8	237,8	235,8	.
Außenhandel, Einfuhr	Mrd. Lire	S	447	435	417	407	395	397	343	280	337	369	319	374	341	370	.
Ausfuhr . . .	"	S	261	281	283	306	287	320	359	280	332	356	316	342	288	350	.
Gold- u. Devisenreserven	Mill. \$	D	3044	2856	2945	2931	2960	2976	3017	3065	3233	3397	3566	3674	3718	3781	3681
Aktienkurse . . .	1958 = 100	E	176	166	157	142	152	138	135	148	148	148	143	136	131	.	.
Rendite öff. Anleihen . . .	%	E	5,70	5,56	5,75	5,95	6,53	7,18	7,04	6,64	6,14	6,17	6,31	6,10	.	.	.
Großhandelspreise . . .	1953 = 100	D	110,7	110,6	110,7	110,5	110,3	110,3	110,1	110,2	110,9	111,8	112,0	112,2	112,0	111,9	111,8
Lebenshaltungskosten . . .	"	"	137,2	137,4	137,8	138,0	139,2	140,1	140,9	141,3	141,9	142,5	143,5	144,1	144,8	.	.
Niederlande																	
Arbeitslose . . .	1000	E	53,4	48,1	40,0	33,4	27,8	26,7	32,8	31,9	32,8	34,8	38,8	55,6	59,8	57,0	.
Ind. Produktion . . .	1958 = 100	D	146	136	149	152	143	152	145	138	153	167	162	164	146	.	.
Außenh., Spezialeinfuhr	Mill. hfl.	S	2134	2060	1989	2316	2033	2272	2302	1806	2023	2274	2051	2282	2005	2041	2285
Spezialausfuhr . . .	"	S	1637	1614	1592	1733	1647	1777	1750	1467	2021	1999	1829	1948	1728	1770	1924
Gold- u. Devisenreserven	Mill. \$	E	1860	1840	1833	1802	1817	1786	1869	1879	1960	1965	2069	2084	2075	2094	2069
Emissionen ¹³⁾ . . .	Mill. hfl.	S	12,5	14,2	112,0	301,0	4,5	136,6	89,9	224,0	46,7	263,3	231,7	108,8	270,1	296,1	.
Aktienkurse . . .	1953 = 100	D	407	401	402	411	416	409	403	402	411	410	404	399	404	407	.
Rendite öff. Anleihen . . .	%	D	4,72	4,66	4,62	4,69	4,69	4,90	5,19	5,03	4,98	5,11	5,20	5,25	4,95	4,84	4,77
Großhandelspreise . . .	1948 = 100	D	150	150	150	151	150	152	150	151	151	152	153	153	154	.	.
Lebenshaltungskosten . . .	1959/60 = 100	M	112	112	113	118	115	115	115	116	117	116	116	116	116	117	.
Belgien																	
Arbeitslose ¹⁴⁾ . . .	1000	D	120	63	67	40	36	32	32	30	34	37	49	102	131	124	75
Ind. Produktion . . .	1958 = 100	S	140	138	144	151	137	149	124	138	150	1					